

Beschluss des Landrats vom 20.10.2022

Nr. 1758

18. Spannungsfeld Sonderschulindikationen bei Primarschulkindern 2022/372; Protokoll: ak

Miriam Locher (SP) beantragt die Diskussion.

://: Diskussion wird stillschweigend bewilligt.

Miriam Locher (SP) bedankt sich für die ausführliche und detaillierte Beantwortung ihrer Fragen und die dafür aufgewendete Energie. Es ist ein schwieriges Thema, vor allem, weil wohl nicht überall die nötigen Grundlagen bestehen, um an der Situation etwas zu ändern. Nichtsdestotrotz ist die Lage unbefriedigend. Es geht um Kinder, die beispielsweise noch auf der Warteliste für eine Abklärung stehen, bevor sie eine Indikation haben und dann adäquat, also entsprechend ihren Bedürfnissen, gefördert werden können. Diese Wartezeit ist sehr lange, und zwar nicht nur wegen Corona, sondern weil es immer mehr Kinder mit «vielschichtiger Problematik» gibt.

Der Regierungsrat schreibt, dass zwei Monate Wartezeit aus seiner Sicht vertretbar seien. Im Einzelfall ist das aber eine unglaublich lange Zeit, während der die betroffenen Kinder, aber auch die Klassen und das ganze Umfeld darunter leiden, dass es nicht vorwärts geht.

In der Interpellation wurde gefragt, was es für Optionen gäbe, um die Gemeinden – wenn denn einem Kind ein Sonderschulstatus zugesprochen wird und somit die Kosten vom Kanton übernommen werden – rückwirkend zu entschädigen. So etwas ist schlicht nicht vorgesehen. Wenn aber Kinder solche Probleme haben, ist den Gemeinden – durchaus nachvollziehbar – daran gelegen, die Kosten möglichst tief zu halten, so dass man für die Kinder die günstigste Lösung wählt, um die Zeit zu überbrücken, bis sie den speziellen Status haben. Nur wird das häufig der Situation nicht gerecht, weil die billigste Lösung zum Beispiel oft die Einsetzung der Praktikantin oder eines Zivildienstleistenden ist. Das sind zwar sicherlich gute Leute, aber gerade in diesen Situationen ist es schwierig, die Probleme so auffangen zu wollen. Unbedingt eine kostenneutrale Lösung anstreben zu wollen, führt bei dieser Problematik selten zu guten Resultaten.

Es gibt zwar die sogenannten SOS-Ressourcen; darüber hat der Landrat im Rahmen der Vorlage zur speziellen Förderung diskutiert. Das ist ein gutes Mittel, aber es zeichnet sich bereits ab, dass diese Mittel nicht ausreichen, weshalb immer öfter auf unbefriedigende Lösungen zurückgegriffen wird. An diesem Thema muss man sicherlich noch arbeiten, sei es wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen, sei es weil aufgrund der unterschiedlichen Trägerschaft die Gemeinden oft lange Massnahmen finanzieren müssen, bis der entsprechende Status vorliegt. Es besteht also ein grösseres Spannungsfeld.

://: Die Interpellation ist erledigt.
